

REINHARD CLEMENS/HERMANN TENGLER

Der Ballungsraum als Industriestandort**Ergebnisse einer empirischen Erhebung im östlichen Ruhrgebiet***

Regionale Entwicklungsunterschiede stellen einerseits eine Herausforderung für die Wirtschaftspolitik dar, zum anderen bestimmen sie Chancen und Risiken ansässiger und standort-suchender Unternehmen mit. Um sowohl die Regionalpolitik als auch die Standortwahl der Unternehmen auf eine rationale Basis zu stellen, bedarf es detaillierter regionalspezifischer Informationen, denn nur auf einer breiten und differenzierten Entscheidungsgrundlage lassen sich die regionalen und ökonomischen Probleme im Sinne der Ziele von Raumordnung und regionaler Strukturpolitik lösen. Das Institut für Mittelstandsforschung hat die durch nichtökonomische und ökonomische Faktoren bedingte unterschiedliche regionale Standortgunst analysiert und die Standortprobleme von Industrieunternehmen in einem strukturschwachen Raum¹ und in einem Ballungsraum ermittelt, um der genannten zweifachen Zielsetzung Rechnung zu tragen. Im folgenden soll nun der Teil der Untersuchung vorgestellt werden, der sich auf die Standortbedingungen in der Agglomeration bezieht.

A. Die besondere Standortproblematik in Ballungsräumen

Ballungsräume entstehen durch Konzentrationsprozesse, die i. d. R. auf positiven internen und externen Effekten der Produktion beruhen, d. h. auf internen Ersparnissen (econo-

mies of scale) durch Senkung der Durchschnittskosten pro Produkteinheit bei Ausweitung des Produktvolumens und auf externen Ersparnissen infolge räumlicher Konzentration von Betrieben derselben Branche (localization economies) oder unterschiedlicher Branchen (urbanization economies). Externe Ersparnisse resultieren aus der Nutzung öffentlicher Infrastrukturleistungen und -einrichtungen, aus einem ausreichenden Angebot privater Dienstleistungen und aus der Existenz großer differenzierter Arbeitsmärkte. Dies sind Vorteile der Agglomeration. Verdichtungen über das Optimum hinaus lassen jedoch die Vorteile wieder absinken, es entstehen Engpässe bei den Faktoren Boden und Umwelt mit der Folge progressiv steigender Sozialkosten. Die Deglomerationsfaktoren „Flächenengpaß“ und „Umweltbelastung“ sind heute zentrale Standortprobleme des Ballungsraumes. Knappheit an verfügbaren Gewerbeflächen bei gleichzeitig hohem Grundstückspreisniveau stellt für ansiedlungs-, umsiedlungs- und erweiterungswillige Unternehmen in dem Moment einen Standortnachteil dar, wenn diese negativen Effekte nicht durch aus sonstigen Agglomerationsvorteilen entstehende externe Ersparnisse kompensiert werden.

Flächenbezogene Standortprobleme von Unternehmen in verdichteten Regionen erfahren durch die nach Maßgabe des Verursacherprinzips konzipierte Umweltschutzgesetzgebung eine zusätzliche Bedeutung. Die von einem Betrieb nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA-Luft) geforderten Umweltschutzmaßnahmen richten sich wesentlich nach dem bereits erreichten regionalen Konzentrationsgrad umweltbelastender Emissionen im Verhältnis zur Regenerationskraft der Umweltmedien – ein Faktum, das insbesondere im Ballungsraum ansässige expansionswillige Firmen vor große Probleme stellen kann. Der enge Zusammenhang zwischen Flächen- und Umweltengpaß wird z. B. auch durch den nordrhein-westfälischen Erlass über „Abstände zwischen In-

* Der folgende Beitrag beruht auf einer Studie, die das Institut für Mittelstandsforschung im Jahre 1982 durchgeführt hat. Titel der Studie: *Clemens, Reinhard; Tengler, Hermann: Standortprobleme von Industrieunternehmen in Ballungsräumen. Eine empirische Untersuchung im IHK-Bezirk Dortmund unter besonderer Berücksichtigung der Unternehmensgröße* (= Beiträge zur Mittelstandsforschung, Heft 93), Göttingen 1983.

1 *Clemens, Reinhard; Kayser, Gunter; Tengler, Hermann: Standortprobleme kleiner und mittlerer Unternehmen in strukturschwachen Regionen. Eine empirische Darstellung am Beispiel des Wirtschaftsraumes Kassel* (= Beiträge zur Mittelstandsforschung, Heft 85), Göttingen 1982.

dustrie- bzw. Gewerbeflächen und Wohngebieten im Rahmen der Bauleitplanung“ (Abstandserlaß) deutlich, der eine Abstandsliste für verschiedenen Betriebsarten vorgeschriebene Abstände zur Wohnbebauung enthält und notwendigerweise zu einem erhöhten Flächenbedarf auf der Nachfrageseite führt, während auf der anderen Seite das Flächenangebot abnimmt, weil infolge der starken Betonung des Umweltschutzes der Wohnnutzung bei Neuplanungen häufig Vorrang vor gewerblicher oder industrieller Beanspruchung eingeräumt wird. Nach dem Bericht der Projektgruppe „Lärmbekämpfung“ ergeben sich auch Gefährdungen und Benachteiligungen – insbesondere für mittelständische Betriebe – aus dem Zusammenwirken der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm), dem BImSchG und der höchststrichterlichen Rechtsprechung, wenn etwa in Mischgebieten, die typisch sind für im Zuge der Industrialisierung unorganisch gewachsene Ballungsräume, ansässige Betriebe mit genehmigungspflichtigen Anlagen keine Genehmigung für Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen erhalten, selbst wenn diese einer erhöhten Lärmdämmung dienen sollen, da eine Genehmigung die baurechtlich nicht erwünschte Existenz der Betriebe erneut verfestigen würde. Diesen Restriktionen nicht unterlegen sind dagegen i. d. R. Großunternehmen, da ihnen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ein „das Siedlungsgebiet prägender Charakter“ zugeschrieben wird (Urteil BVerwG).

Standortentscheidungen müssen nach Abwägung der genannten Vor- und Nachteile des Ballungsraumes getroffen werden, und dies ist um so schwieriger, je geringer die Möglichkeiten zur Quantifizierung der Entscheidungsparameter sind und je weniger die Wirtschaft auf die Konstanz bzw. Kalkulierbarkeit der staatlichen Rahmen- und Datensetzung bauen kann.

B. Die Wirtschaftsstruktur des Untersuchungsraumes

Der Untersuchungsraum IHK-Bezirk Dortmund mit seinen kreisfreien Städten Dortmund und Hamm sowie dem Kreis Unna ist Bestandteil des Ruhrgebietes und aufgrund seiner Bevölkerungsdichte von 1.112 Einwohnern je qkm (1981) – mehr als viermal so hoch wie der Durchschnitt des Bundesgebietes – zu den hoch agglomerierten Gebieten zu zählen. Für die Entwicklung der Region erweist sich die Dominanz der konjunkturrempfindlichen und wenig wachstumsträchtigen Bereiche Kohle und Stahl als Belastung, insbesondere dann, wenn die Strukturprobleme noch durch gesamtwirtschaftliche Schwächen verstärkt werden. So läßt sich auch die weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquote (rd. 15 % im Frühjahr 1983), die hohe Dauerarbeitslosenquote und die geringe Zahl der offenen Stellen erklären. Weitere Merkmale sind ein merklich unter dem Bundesdurchschnitt liegendes Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, eine unterdurchschnittliche Realsteuerkraft und Steuereinnahmekraft je Einwohner und entsprechend hohe Schlüsselzuweisungen. Die Industriebeschäftigung hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen, die Industriedichte betrug 1981 124 Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner (Bundesdurch-

schnitt: 121). Mit 283 Beschäftigten je Betrieb lag die durchschnittliche Betriebsgröße in der Industrie 1981 um 50,5 % über dem Landes- und 82,5 % über dem Bundeswert, dagegen war die Arbeitsproduktivität (Umsatz je Beschäftigten) mit 132.118 DM deutlich unter den entsprechenden Vergleichswerten (Land: 171.042 DM; Bund: 167.706 DM), sicherlich auch eine Ursache für die überdurchschnittliche Insolvenzhäufigkeit.

Eine Analyse der branchenstrukturellen Entwicklung der Industrie im Untersuchungsraum zwischen 1977 und 1981 mit Hilfe der sektorspezifischen Shift-Analyse führt zu folgenden Ergebnissen (vgl. Abbildung 1): Wirtschaftsstrukturelle Vorteile gegenüber dem Bundesgebiet sind hinsichtlich der Beschäftigung in 8, des Gesamtumsatzes in 9 und des Auslandsumsatzes in 11 der 15 untersuchten Branchen zu konstatieren. Positive und negative Standorteffekte stehen bei Beschäftigung, Umsatz und Auslandsumsatz jeweils im Verhältnis 7 : 8. Insgesamt kann für die Beschäftigung 6mal, den Umsatz und den auf das Ausland entfallenden Teil des Gesamtumsatzes 8mal ein positiver Regionalfaktor festgestellt werden. Dieses zumindest bezüglich Gesamtumsatz und Export prima facie günstige Ergebnis ist allerdings zu relativieren, wenn man berücksichtigt, daß das Untersuchungsgebiet von den drei Sektoren Bergbau, Eisenschaffende Industrie und Maschinenbau mit einem Beschäftigtenanteil von 58,2 % und einer Umsatzquote von 47,6 % dominiert wird und diese Bereiche mit Ausnahme des Bergbauumsatzes durchweg negative Regionalfaktoren aufweisen. Hier liegen die Probleme, die einer raschen Bewältigung des Strukturwandels in der Region entgegenstehen.

C. Ergebnisse der empirischen Erhebung

Bei der Unternehmensbefragung handelt es sich um eine Totalerhebung der im IHK-Bezirk Dortmund ansässigen Industriebetriebe. Von 560 versandten Fragebogen wurden 343 auswertbar zurückgesandt, was einer Rücklaufquote von 61,3 % entspricht.

1. Strukturmerkmale

Die Schichtung des Rücklaufs in Tabelle 1 weist eine hinreichende Repräsentanz für jede betrachtete Unternehmensgrößenklasse auf, so daß die gewonnenen Daten auch für die Analyse unternehmensgrößenspezifischer Fragestellungen herangezogen werden können.

In den 326 Betrieben, die Angaben über ihre Beschäftigtenzahlen machten, waren im Jahresdurchschnitt 1982 insgesamt 125.583 Arbeitskräfte tätig, rd. 86 % aller Industriebeschäftigten im IHK-Bezirk Dortmund. Der mit der Unternehmensgröße zunehmende (abnehmende) Anteil der männlichen (weiblichen) Arbeitskräfte beträgt durchschnittlich 89,6 % (10,4 %), der der ausländischen 11,6 %. Knapp jeder vierte ist kaufmännischer oder technischer Angestellter, rd. 40 % sind Facharbeiter und rd. 37 % an- und ungelernte Arbeiter.

Rund 84 % der Unternehmen weisen zwischen 1 und 100 Mio. DM Jahresumsatz auf, der Rest verteilt sich zu gleichen Teilen auf die Klein- und Großunternehmen.

Abbildung 1: Ergebnisse der sektorspezifischen Shift-Analyse 1977 bis 1981 — Vergleich: IHK-Bezirk Dortmund/Bundesrepublik Deutschland

Branchen	Strukturfaktor			Standortfaktor			Regionalfaktor		
	B	U	AU	B	U	AU	B	U	AU
Bergbau	+	+	-	-	+	+	-	+	-
Industrie der Steine und Erden	+	+	+	+	+	-	+	+	+
Eisenschaffende Industrie	-	-	+	-	-	-	-	-	-
Stahl- und Leichtmetallbau	+	-	+	+	-	-	+	-	-
Maschinenbau	-	-	+	-	-	-	-	-	-
Straßenfahrzeugbau	-	+	+	-	-	+	-	-	+
Elektrotechnische Industrie	+	+	+	+	-	-	+	-	-
EBM-Industrie	+	-	+	+	-	+	+	-	+
Chemische Industrie	-	+	-	-	+	-	-	+	-
Holz verarbeitende Industrie	+	+	+	-	-	+	-	+	+
Druckerei- und Vervielfältigungs-Industrie	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kunststoff verarbeitende Industrie	-	-	-	+	+	+	-	+	+
Textilindustrie	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Bekleidungsindustrie	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	-	+	+	-	+	-	-	+	+

Erläuterungen: B : Beschäftigung + : positiver Wert
 U : Umsatz - : negativer Wert
 AU: Auslandsumsatz

Tabelle 1: Antwortende Unternehmen
– nach Beschäftigtengrößenklassen –

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Antwortende Unternehmen			horizontal in % der angeschriebenen Unternehmen
	abs.	Vertikalstruktur in %	kumuliert in %	
1– 19	86	25,1	25,1	61,4
20– 49	97	28,3	53,4	59,5
50– 99	41	12,0	65,4	48,8
100–199	43	12,5	77,9	55,1
200–499	32	9,3	87,2	58,2
500 und mehr	27	7,9	95,1	67,5
Keine Angabe	17	5,0	100,0	–
Insgesamt	343	100,0	–	61,3

Auch die Branchenstruktur der erfaßten Betriebe weist – verglichen mit der amtlichen Statistik – ein repräsentatives Bild auf. Sektorale Schwerpunkte bilden der Maschinenbau, die EBM-Industrie, die Elektrotechnische Industrie, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, der Stahl- und Leichtmetallbau sowie die Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie. Im Befragungsergebnis deutlich unterrepräsentiert ist lediglich der Straßenfahrzeugbau, während der EBM-Industrie in Relation zu ihrem tatsächlichen Gewicht ein zu hoher Branchenanteil zukommt.

Die untersuchten Unternehmen werden zu etwa gleichen Teilen als Personengesellschaft, Kapitalgesellschaft und GmbH & Co. KG geführt, wobei die letztgenannte Rechtsform mit 34,4 % am häufigsten vertreten ist, gefolgt von der GmbH mit 28,5 %.

Drei von vier Unternehmen sind mehr als 10 Jahre an ihrem jetzigen Standort ansässig, rd. 12 % zwischen 6 und 10, rd. 7 % zwischen 2 und 5 und 4 % weniger als 2 Jahre. 52,8 % haben ihren Standort in einem Gewerbe-/Industriegebiet, 37 % in einem Misch- und 10,2 % im Wohngebiet. Nahezu ein Drittel der Firmen wirkt nach eigenen Angaben umweltbelastend, am häufigsten durch Lärmemissionen, gefolgt von Luftverschmutzung und Wasserverunreinigung.

2. Arbeitsplatzangebot und -bedarf

Die Sicherung und Schaffung gewerblicher Arbeitsplätze ist ein wichtiger Faktor für eine langfristig sich selbst tragende regionale Wirtschaftsentwicklung, und den Industrieunternehmen kommt hierbei die Hauptrolle zu. Offensichtlich bestehen in der Region Dortmund aber Arbeitsmarktprobleme: Trotz der bereits erwähnten hohen Arbeitslosenquote gibt mehr als ein Drittel der erfaßten Betriebe – vor allem kleine und mittlere – an, Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Arbeitskräften zu haben. Nach Qualifikationsbereichen zeigt sich eine eindeutige Dominanz des Facharbeiterproblems: 29,7 % aller Betriebe sind mit dem Angebot an Facharbeitern

unzufrieden, hier erfolgen mehr Problemnennungen als in allen übrigen Bereichen zusammen. Als zweite Problemgruppe werden technische Angestellte genannt.

Im Zeitraum 1980 bis 1982 haben 22,8 % der Firmen die Zahl der Arbeitsplätze erhöht, 42,9 % verringert und 34,3 % nicht verändert. Die entsprechenden Prozentsätze für die Jahre 1983 bis 1985 lauten 16,3 %, 24,1 % und 59,6 %. Per saldo wurden in den Jahren 1980 bis 1982 12.065 Arbeitsplätze abgebaut, davon 91 % in den Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten. Auch bis 1985 werden Personalfreisetzen primär von größeren Unternehmen vorgenommen, die Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten wollen allerdings mehrheitlich die Zahl der Arbeitsplätze erhöhen. Das Wachstumstempo des Beschäftigtenabbaus wird somit abnehmen, die von den mittelständischen Firmen ausgehenden Entlastungseffekte für den regionalen Arbeitsmarkt werden in erster Linie qualifizierte Arbeitskräfte und Auszubildende begünstigen.

3. Betriebliche Investitionen und öffentliche Förderung

Art und Umfang betrieblicher Maßnahmen, vor allem aber die Investitionen, lassen Rückschlüsse auf die Lage der Unternehmen und ihre Zukunftserwartungen zu. Im Zeitraum 1980 bis 1982 haben 7,9 % der befragten Firmen nicht investiert, auf die übrigen entfallen im Durchschnitt 2,9 Investitionsmaßnahmen pro Unternehmen. An der Spitze der Nennungen stehen die Ersatzinvestitionen (70,8 % der Betriebe), gefolgt von den Erweiterungsinvestitionen (45,6 %) und der Einführung neuer technischer Verfahren und/oder Produkte (35,4 %). Dies zeugt von einer optimistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Perspektive (die betriebliche Maßnahme „Kapazitätsabbau“ steht an letzter Stelle der Nennungen) und deutet zugleich auf einen starken Wettbewerbsdruck hin.

Etwa ein Viertel der investierenden Unternehmen hat die Zahl der Arbeitsplätze per saldo erhöht, gut zwei Fünftel verringert und ein knappes Drittel konstant gehalten. Die Hypothese vom arbeitsplatzschaffenden Effekt der Investition kann anhand dieser Ergebnisse im IHK-Bezirk Dortmund nicht bestätigt werden. Zwar finden sich, bezogen auf alle Investitionsarten, die jeweils höchsten Anteilswerte für die Erhöhung/Verringerung der Arbeitsplätze in der Rubrik Erweiterungsinvestitionen/Kapazitätsabbau, es zeigt sich aber, daß dieser Effekt durch andere betriebliche Maßnahmen kompensiert bzw. überkompensiert werden kann: Von den Unternehmen mit Erweiterungsinvestitionen etwa bauten immerhin noch 30,7 % per saldo Arbeitsplätze ab.

Drei Viertel der Firmen hatten in den Jahren 1980 bis 1982 keinerlei öffentliche Förderung erhalten. Nach Unternehmensgrößenklassen berechnete durchschnittliche Förderhöhen zeigen, daß kleinere Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten und Großunternehmen mit 500 und mehr Arbeitskräften einen überdurchschnittlich hohen Anteil am Investitionsaufwand durch öffentliche Mittel abdecken konnten. Die mittleren Unternehmen erwiesen sich zugleich als am wenigsten abhängig von staatlicher Hilfe: 92,6 % hätten die Investitionsmaßnahmen (wahrscheinlich) auch ohne Förderung durchgeführt, bei den Großunternehmen waren es 63,6 %.

Insgesamt gab knapp jedes zweite der tatsächlich geförderten Unternehmen an, die Investition auch ohne öffentliche Förderung durchgeführt zu haben, was bedeutet, daß etwa jeder zweite Förderfall durch Mitnahmeeffekte gekennzeichnet war. Reine Fördereffekte traten nur bei kleinen und mittleren Unternehmen mit bis zu 200 Beschäftigten auf.

Für den Zeitraum 1983 bis 1985 plant ein knappes Drittel der Firmen keine Investitionsmaßnahmen. Bei den Investitionsmotiven dominiert wiederum die Ersatzbeschaffung vor der Einführung neuer technischer Verfahren und/oder Produkte und der Produktionserweiterung. Mehr als die Hälfte der Investitionen wird keine Beschäftigungseffekte haben bzw. diese können noch nicht abgeschätzt werden, in 18,6 % (26,1 %) der Fälle wird die Arbeitsplatzzahl erhöht (verringert). Die Unabhängigkeit/Abhängigkeit der geplanten betrieblichen Investitionsmaßnahmen von staatlicher Hilfe steht im Verhältnis 2 : 1. Nach Unternehmensgrößen differenziert ergibt sich mit Ausnahme der Großunternehmen eine tendenziell höhere Abhängigkeit von der öffentlichen Förderung, je kleiner das Unternehmen ist; die geringste Förderabhängigkeit besteht offenbar in den mittleren Unternehmen mit 200 bis 500 Beschäftigten.

D. Die Standortbedingungen im Urteil der Unternehmen

Um der zweifachen Zielsetzung der Untersuchung, praxisnahe Informationen für die Unternehmen und Ansatzpunkte für regionalpolitische Maßnahmen zu ermitteln, gerecht zu werden, sollten die Industrieunternehmen des IHK-Bezirks Dortmund als unmittelbar von den Problemen eines Ballungsraumes Betroffene ihre Einschätzung der Standortbedingungen offenlegen. Zu diesem Zweck wurden den befragten Betrieben 25 Standortfaktoren vorgegeben, die sie sowohl in der Bedeutung für den Betrieb als auch hinsichtlich der tatsächlichen Qualität zu beurteilen hatten. Um die Darstellung der Resultate übersichtlich und – zumindest ordinal – vergleichbar zu gestalten, wurden die Unternehmensangaben über jeden Standortfaktor mit Hilfe festgelegter Gewichtungsziffern für die möglichen Antwortkategorien in eine einzige Meßzahl umgerechnet. Die so für jeden Standortfaktor gewonnenen Bedeutungsgrade bzw. Qualitätskennziffern können zwischen „0“ (Bedeutung: unwichtig bzw. Qualität: schlecht) und „6“ (Bedeutung: sehr wichtig bzw. Qualität: sehr gut) liegen.

1. Die wichtigsten Standortfaktoren

Von allen Standortfaktoren erweist sich die Anbindung an das Straßennetz als der wichtigste; dies gilt für jede einzelne Beschäftigtengrößenklasse, wobei anzumerken ist, daß der ermittelte Bedeutungsgrad tendenziell mit der Betriebsgröße zunimmt. An zweiter und dritter Position in der Rangskala bedeutender Standortmerkmale sind mit den Energie- und Lohnkosten zwei Faktoren plazierte, die unmittelbar das Betriebsergebnis beeinflussen und aufgrund ihrer hohen Entwicklungsdynamik in den letzten Jahren in der Kostenrech-

nung an Gewicht gewonnen haben. Wichtige Standortfaktoren sind aus der Sicht der befragten Unternehmen auch eine unbürokratische Arbeitsweise der Behörden – sie liegt in der Rangskala noch deutlich vor der öffentlichen finanziellen Förderung durch Bund, Land und Kommune –, eine gute Lage zum Absatzmarkt, ein ausreichendes Reservoir an Fachkräften und niedrige Gewerbeflächenpreise; letzteres ist vor allem ein Anliegen kleiner und mittlerer Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten. Die niedrigsten Bedeutungseinschätzungen entfallen auf die Bereiche Rohstoffvorkommen sowie Anbindung an Wasserwege und Luftverkehr, ohne daß jedoch die branchenspezifische Relevanz dieser Faktoren – so etwa die Bedeutung von Rohstoffvorkommen für Bergbauunternehmen oder Betriebe der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie – außer acht gelassen werden darf.

Auf der Grundlage der für die 25 Standortfaktoren abgegebenen Bedeutungseinschätzungen wurde noch eine Faktorenanalyse durchgeführt mit dem Ziel, die ursprüngliche Variablenmenge auf eine geringe Komponentenzahl zu verdichten. Im Ergebnis konnten mit dieser Methode aus der Vielzahl der Standortmerkmale sieben Faktoren extrahiert werden, die als Basisfaktoren oder zentrale Einflußgrößen für die Variablen, die sie repräsentieren, anzusehen sind. Im einzelnen handelt es sich um folgende ursprüngliche Variablen, zwischen denen in der Bedeutungseinschätzung der befragten Unternehmen ein unmittelbarer Zusammenhang existiert: Industriefreundlichkeit der Bevölkerung, Umweltschutzaufgaben, wirtschaftsfreundliche Kommunalplanung, unbürokratische Arbeitsweise der Behörden (Standortfaktorbereich I), Lage zum Absatzmarkt, geringe Zahl von Wettbewerbern, Lage zum Beschaffungsmarkt, Rohstoffvorkommen, Kooperationsmöglichkeiten (Standortfaktorbereich II), Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Reservoir an Führungskräften/Management, Reservoir an Fachkräften, soziale Infrastruktur, Wohn-/Freizeitwert (Standortfaktorbereich III), finanzielle Förderung durch Bund, Land und Kommune (Standortfaktorbereich IV), Gewerbeflächengröße und -zuschnitt, Gewerbeflächenpreise (Standortfaktorbereich V), Anbindung an Wasserwege, Bahn, Luftverkehr und Straßen (Standortfaktorbereich VI), Lohnkostenniveau, Energiekosten (Standortfaktorbereich VII). Letztlich läßt sich also das Konglomerat von Bestimmungsmerkmalen für die betriebliche Standortwahl auf die Oberbegriffe Wirtschaftsfreundlichkeit der betrieblichen Umwelt, Absatz- und Beschaffungsmarkt, qualifiziertes Arbeitskräftepotential und haushaltsnahe Infrastruktur, staatliche finanzielle Förderung, Gewerbeflächenangebot, Verkehrsanbindung und Lohn- und Energiekosten zurückführen.

2. Die Qualität der Standortfaktoren

Dem unter allen Standortfaktoren wichtigsten Merkmal, der Anbindung an das Straßennetz, wird zugleich das höchste Qualitätsurteil zugesprochen. Ansonsten zeigt jedoch die Rangskala, die sich aus der Unternehmensbefragung im östlichen Ruhrgebiet für die qualitative Beurteilung der einzelnen Standortfaktoren ergibt, ein von der Bedeutungseinschätzung

vielfach abweichendes Bild. Überdurchschnittlich positiv bewertet werden neben der Straßenanbindung in erster Linie solche Faktoren, die als klassische Agglomerationsvorteile gelten wie die soziale Infrastruktur (medizinische Versorgung, soziale Dienste etc.), die Lage zum Absatz- und Beschaffungsmarkt, regionale Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die Anbindung an die Bundesbahn und das Reservoir an Hilfskräften. Keine Schwierigkeiten ergeben sich für die befragten Betriebe offensichtlich auch aus der Einstellung der Bevölkerung zur Industrie, ein unter dem Aspekt des stark in der Öffentlichkeit gewachsenen Umweltbewußtseins nicht unbedingt erwartetes Ergebnis.

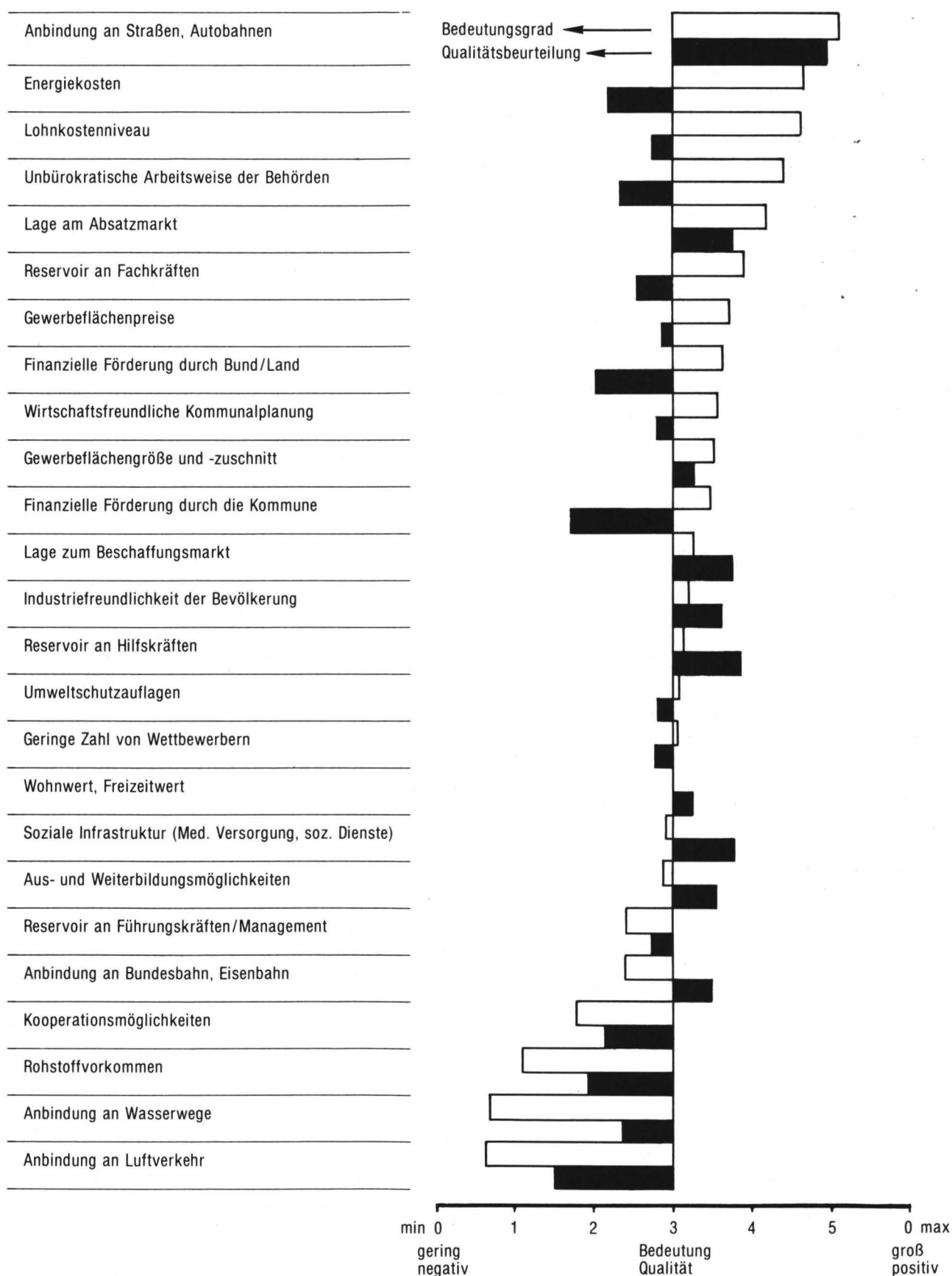
Mit den Gegebenheiten im Wirtschaftsraum Dortmund unzufrieden zeigen sich die Betriebe bezüglich so bedeutender Standortfaktoren wie Energiekosten, Lohnkostenniveau und Verfügbarkeit an Fachkräften. Durchweg niedrige Qualitätskennziffern werden auch der Unterstützung und Arbeitsweise der öffentlichen Hand zuteil, wobei insbesondere seitens der Kommunen ein stärkeres finanzielles Engagement erwartet wird. Unter betriebsgrößenspezifischen Gesichtspunkten bemerkenswert erscheint auch der Tatbestand, daß Kritikpunkte an einzelnen Standortfaktoren primär auf die Angaben kleiner und mittlerer Unternehmen zurückzuführen sind. Besonders signifikant wird dieser Sachverhalt am Qualitätsurteil des Facharbeiterreservoirs, was wohl unmittelbar damit zusammenhängt, daß die mittelständischen Firmen in der Untersuchungsregion Dortmund im Gegensatz zu den Großbetrieben zusätzliche Fachkräfte einstellen wollen und daher mit der Facharbeiterproblematik stärker konfrontiert sind. Relativ zur Großindustrie benachteiligt sehen sich die kleinen und mittleren Betriebe vor allem auch durch die bürokratische Arbeitsweise der Behörden; für die Unternehmen impliziert Bürokratie i. d. R. Kostensteigerung, Unsicherheit und Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit, Effekte, die insbesondere kleinere Firmen vor ernsthafte Probleme stellen können.

3. Anforderungsprofil und Erfüllungsgrad

Für eine abschließende Beurteilung der Standortverhältnisse im Wirtschaftsraum Dortmund ist nun die Frage zu beantworten, ob und inwieweit zwischen den betrieblichen Anforderungen an die einzelnen Standortfaktoren einerseits und ihrer qualitativen Bewertung andererseits Kongruenz besteht oder anders ausgedrückt, inwieweit Angebots- und Nachfrageprofil bei den Standortmerkmalen übereinstimmen. Nur wenn Angebot und Nachfrage zumindest in denjenigen Bereichen, die die Betriebe als sehr wichtig bzw. wichtig erachten, weitgehend zur Deckung gebracht werden, besteht eine Chance, die regionalen Entwicklungsziele zu erreichen.

Das in Abbildung 2 dargestellte Profil weist die Beziehungen zwischen Anforderung und Erfüllung bei den einzelnen Standortfaktoren aus. Von den 16 Faktoren, die in der Einschätzung der befragten Unternehmen einen höheren Bedeutungsgrad als „3“ erreichen, also im Durchschnitt für die Standortwahl eher als wichtig eingestuft werden, liegen 6 auch in der Qualitätseinschätzung über dem Durchschnitt, aber immerhin 10 z. T. deutlich darunter. Nur bei drei der als bedeutend bewerteten Standortmerkmalen, sie liegen allerdings

Abbildung 2: Nachfrage- und Angebotsprofile der Standortfaktoren
– gewichtet mit der Zahl der Betriebe –



auf den Rängen 12 bis 14, übersteigt die Qualität die Bedeutung. Damit werden bei 13 der 16 wichtigsten Standortfaktoren die Erwartungen der Unternehmen nicht erfüllt. Die stärkste Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage ergibt sich für die Energiekosten, aber auch bei den Standortfaktoren „finanzielle Förderung durch die Kommune“, „unbürokratische Arbeitsweise der Behörden“, finanzielle Förderung durch Bund/Land“, „Lohnkostenniveau“ und „Reservoir an Fachkräften“ ist die Differenz des Erfüllungsgrades zum Anspruchsniveau beträchtlich. Im Gegensatz dazu wird bei den weniger wichtigen Standortfaktoren der Bedeutungsgrad von der Qualitätsbeurteilung regelmäßig übertroffen.

Um ein Gesamturteil über den Wirtschaftsraum Dortmund als Industriestandort zu erhalten, das das Ergebnis von Kompensationsprozessen bei einzelnen Standortfaktoren zum Ausdruck bringt und nicht von Sonderbewegungen verschiedener Merkmale dominiert wird, wurden die befragten Unternehmen gebeten, zusätzlich eine globale Einstufung ihres Standortes vorzunehmen. Trotz der offenkundig gewordenen Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage fällt das Zeugnis für den IHK-Bezirk Dortmund insgesamt positiv aus: 54,5 % der erfaßten Betriebe sind mit ihrem Standort zufrieden, im Urteil von 41,4 % halten sich Vor- und Nachteile die Waage und nach der Meinung von nur 4 % der Befragten überwiegen die negativen Standorteigenschaften. Das höchste Zufriedenheitsniveau zeigt sich bei den mittleren Betrieben mit 100 bis 499 Beschäftigten (über 60 % sehen hier die Standortvorteile überwiegen), das niedrigste bei den Kleinunternehmen mit weniger als 20 Arbeitskräften.

Bestätigt werden die vorstehenden Resultate durch die Ermittlung eines Indikators aus den Korrelationen zwischen Bedeutungsgrad und Qualitätseinschätzung der Standortfaktoren anhand einer Variante der Profilmethode. Der hier verwendete Indikator kann im Ergebnis zwischen „0“ und „6“ liegen, wobei der Wert um so niedriger ausfällt, je zufriedener die Betriebe mit der Gesamtheit der Standortfaktoren sind. Der für das östliche Ruhrgebiet errechnete Wert beträgt 2,961 und ist so zu interpretieren, daß die Standortvorteile leicht überwiegen. Führt man die Rechnung zusätzlich für die einzelnen Unternehmensgrößenklassen durch, so ergeben sich folgende Resultate:

Betriebe mit

100 bis 199 Beschäftigten	: 2,731
200 bis 499 Beschäftigten	: 2,823
500 und mehr Beschäftigten	: 2,824
20 bis 49 Beschäftigten	: 2,972
1 bis 19 Beschäftigten	: 3,101
50 bis 99 Beschäftigten	: 3,122

4. Standortprobleme und Standortverlagerung

Es ist nicht auszuschließen, daß für ein bestimmtes Unternehmen mit einem positiven Gesamturteil zu einem Standort durchaus eine Problemsituation korrespondiert. Um derartige Fälle zu erfassen, wurde den Unternehmen die Frage nach einer möglichen geplanten Standortverlagerung ihres Betriebes

gestellt. Bei 91 % der Befragten bestehen in dieser Beziehung offensichtlich keinerlei Pläne, aber immerhin 29 Unternehmen äußern Verlagerungsabsichten. Von diesen 29 Unternehmen wollen allerdings 23 innerhalb des IHK-Bezirks Dortmund verlagern, 4 innerhalb Nordrhein-Westfalens und 2 in ein anderes Bundesland. In der Hauptsache sind es kleinere Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten, die eine Veränderung ihres Standortes planen (76 % aller Fälle). Auf die Frage nach den wichtigsten Ursachen für die geplante Verlagerung gaben die Unternehmen an:

- Fehlende Erweiterungsmöglichkeiten 43,8 % der Nennungen
- Auslaufen von Miet-/Pachtverträgen 18,8 % der Nennungen
- Wirtschaftsunfreundliche Kommune 15,6 % der Nennungen

Dieses Ergebnis läßt den Zusammenhang mit der oben erwähnten Umweltschutzproblematik (Abstandserlaß u.ä.) im Hinblick auf den Hauptgrund der Verlagerungspläne – und möglicherweise auch bezüglich des zweithäufigsten Grundes – erkennen. Daß Defizite im Verhältnis zwischen Unternehmen und Kommune bestehen können, wurde bereits in der Beurteilung des Standortfaktors „Wirtschaftsfreundliche Kommunalplanung“ (vgl. Abbildung 2) deutlich. Eine größere Kooperationsbereitschaft der Kommunen könnte die hauptsächlich durch fehlende Erweiterungsmöglichkeiten und Umweltschutzaufgaben bedingten Standortprobleme der kleineren Unternehmen lösen helfen, zumal diese Unternehmen ihre Erwartungen hinsichtlich Gewerbeflächenpreisen und z.T. auch beim Gewerbeflächenangebot nicht erfüllt sehen, wie die größenspezifische Analyse dieser Standortfaktoren zeigt.

5. Betriebstypenspezifische Merkmale der Standortbeurteilung

Sowohl für die Erklärung der einzelbetrieblichen Standortwahl und der gesamtwirtschaftlichen Standortverteilung bestimmter Betriebstypen als auch für den erfolgreichen Instrumenteneinsatz der regionalen Wirtschaftspolitik ist es notwendig zu wissen, welche betrieblichen Unterscheidungsmerkmale generell am besten geeignet sind, die Grundgesamtheit der Firmen in homogene Klassen von Unternehmen mit gleichen Präferenzen einzuteilen. Zu diesem Zweck wurden aus nach dem Fragebogen ermittelten Strukturkennziffern 15 Typisierungsvariablen gebildet und der Zusammenhang zwischen diesen Variablen und den einzelnen Standortfaktoren mit Hilfe des auf dem Chi-Quadrat-Wert basierenden Kontingenzmaßes Cramer's V berechnet. Die Ergebnisse zeigen, daß sich die Betriebe in ihrem Standortnachfrageverhalten am stärksten danach unterscheiden, ob sie durch Umweltschutzaufgaben und -gesetze zu kostenwirksamen Maßnahmen veranlaßt werden oder nicht. Als zweitbestes Typisierungsmerkmal erweist sich die Investitionstätigkeit, gefolgt von der Betriebsgröße.

Eine Orientierung der Regionalpolitik an diesen betriebs-spezifischen Kriterien vermag am ehesten die in der Praxis vielfach bestehende Ungewißheit über die Wirkung regionaler Fördermaßnahmen zu beheben. Aus wirtschaftspolitischer Sicht erscheint diese Erkenntnis um so wertvoller, als es sich hierbei um Betriebstypen handelt, die erster Adressat einer regionalen Wachstumspolitik sein müssen; verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die für viele Betriebe des Untersuchungsgebietes erheblichen Konsequenzen aus der Umweltgesetzgebung, die Bedeutung von Investitionen für die Konjunkturbelebung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie die Vielzahl ökonomischer und sozioökonomischer Funktionen mittelständischer Unternehmen. Auf die Einzelergebnisse dieser Betriebstypen-Analyse kann in diesem Rahmen nicht eingegangen werden.

E. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Zusammenfassend sollen die wichtigsten Ergebnisse noch einmal in kurzer Form dargestellt werden:

- Nahezu jeder zweite Betrieb hat seinen Standort in Misch- oder Wohngebieten; etwa jeder zweite Betrieb auch wird durch Umweltschutzaufgaben und -gesetze kostenwirksam belastet. Das hat nach Ansicht der Firmen negative Auswirkungen auf die Beschäftigung, beeinträchtigt ihre Wettbewerbsfähigkeit und bedroht bei 12,5 % dieser Firmen sogar ihre Existenz.
 - Umweltschutz und fehlende Erweiterungsmöglichkeiten führen zu einem Mobilitätsdruck: Fast jeder vierte Betrieb hat in den letzten 10 Jahren in der Untersuchungsregion einen neuen Standort bezogen; nahezu jeder zehnte Betrieb plant z. Z. eine Standortverlagerung.
 - Das wichtigste und zugleich am besten bewertete Standortmerkmal ist die Anbindung an Straßen und Autobahnen. Als Standortnachteile werden hohe Energiekosten, das Lohnkostenniveau und die Bürokratie empfunden.
 - Trotz einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit hat mehr als ein Drittel der erfaßten Betriebe Probleme bei der Rekrutierung von Arbeitskräften, wobei die größten Personalbeschaffungsschwierigkeiten bei den kleinen und mittleren Unternehmen auftreten und Facharbeiter betreffen.
 - Im Zeitraum 1980 bis 1982 haben hauptsächlich Großunternehmen Personalfreisetzen vorgenommen. In den Jahren 1983 bis 1985 gehen Entlastungseffekte für den Arbeitsmarkt in erster Linie von mittelständischen Firmen mit weniger als 100 Beschäftigten aus.
 - Drei Viertel der Betriebe erhielten 1980 bis 1982 keinerlei öffentliche Förderung. Jeder zweite Förderfall war durch Mitnahmeeffekte gekennzeichnet, d. h. die Investition wäre (wahrscheinlich) auch ohne öffentliche Hilfe durchgeführt worden.
 - Mehr als zwei Drittel der Firmen wollen ihre Investitionen auch künftig ohne öffentliche Unterstützung vornehmen, vor allem die Firmen mittlerer Größe.
- Zieht man angesichts dieser Ergebnisse und vor allem vor dem Hintergrund der offenbar gewordenen Standortprobleme ein Fazit für die regionale Wirtschaftspolitik, so ergeben sich u. E. folgende Ansatzpunkte:
- Entgegen der bisherigen Förderpraxis, deren Schwerpunkt auf der Subventionierung arbeitsplatzschaffender Investitionen liegt, erscheint der Einsatz mehr arbeitsangebotsorientierter Maßnahmen erfolgversprechender. Eine derartige Politik sollte weniger auf die Rekrutierung qualifizierter Arbeitskräfte von außerhalb der Region als auf die Aktivierung des umfangreich vorhandenen Entwicklungspotentials z. B. durch Umschulung, Aus- und Weiterbildung abzielen.
 - Die regionale Wirtschaftsstruktur sollte durch die gezielte Verbesserung wichtiger Standortfaktoren für wachstums-trächtige Betriebe und Industriezweige attraktiver gemacht werden. Vorrangig ist die Bereitstellung zusätzlicher Gewerbeflächen, die Entlastung bei den Gewerbeflächenpreisen und der Ausbau moderner Infrastruktureinrichtungen. In der Umweltpolitik sollten die Vorteile neuer Konzepte wie z. B. Glockenpolitik, Ausgleichspolitik und Umweltbankensystem genutzt werden.
 - Die hohe Bedeutung der Energiekosten für die Standortwahl der Betriebe erfordert den weiteren Ausbau preiswerter Energiequellen.
 - Bei der regionalpolitischen Förderung müssen Mitnahmeeffekte künftig stärker ausgeschaltet werden. Eine mögliche Entscheidungshilfe für die Träger der Regionalpolitik stellt die Orientierung der Subventionsvergabe an bestimmten Betriebstypen dar.
- Abschließend ist festzuhalten, daß die eminent wichtigen Vorteile der Agglomeration zu einer insgesamt positiven Beurteilung des untersuchten Ballungsraumes als Industriestandort führten, daß aber die regionalen Wirtschaftsprobleme, seien sie konjunkturell, strukturell oder in einigen Fällen auch standortbedingt, nur dann zu lösen sind, wenn die staatlichen Rahmenbedingungen wirtschaftsgerecht gestaltet und fehlsteuernde Förderungen verhindert werden.